

Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland

Zweite Auflage



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

**Handbuch des Staatskirchenrechts
der Bundesrepublik Deutschland**

ERSTER BAND

Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland

ERSTER BAND

Herausgegeben von

Joseph Listl und Dietrich Pirson

Zweite, grundlegend neubearbeitete Auflage



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Für die Zitierung des Handbuchs
des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland
wird die Abkürzung HdbStKirchR empfohlen

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik
Deutschland** / hrsg. von Joseph Listl und Dietrich Pirson. –
Berlin : Duncker und Humblot.

1. Aufl. hrsg. von Ernst Friesenhahn und Ulrich Scheuner

ISBN 3-428-08030-0 Gewebe

ISBN 3-428-03260-8 (1. Aufl.)

NE: Listl, Joseph [Hrsg.]; Friesenhahn, Ernst [Hrsg.]

Bd. 1-2., grundlegend neubearb. Aufl. – 1994

ISBN 3-428-08031-9

Alle Rechte vorbehalten

© 1994 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme und Druck:

Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin

Printed in Germany

ISBN 3-428-08030-0 (Gesamtausgabe)

ISBN 3-428-08031-9 (Bd. 1)

Dem Andenken
an die Herausgeber der ersten Auflage
des Handbuchs des Staatskirchenrechts
der Bundesrepublik Deutschland

Dr. iur. Dr. iur. h. c. Ernst Friesenhahn

o. Professor des Öffentlichen Rechts an der Universität Bonn
Bundesverfassungsrichter a. D.
26. Dezember 1901 — 5. August 1984

Dr. iur. Ulrich Scheuner

o. Professor des Öffentlichen Rechts an der Universität Bonn
24. Dezember 1903 — 25. Februar 1981

Vorwort zur zweiten Auflage

Das in den Jahren 1974 und 1975 von Ernst Friesenhahn und Ulrich Scheuner in Verbindung mit Joseph Listl erstmals herausgegebene „Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland“ hat, soweit ersichtlich, in der Fachwelt eine gute Aufnahme gefunden. Von vielen seiner Beiträge ist eine anregende und nachhaltige Wirkung ausgegangen, was aus der vielfältigen Berücksichtigung im wissenschaftlichen Schrifttum und in der Rechtsprechung sichtbar wird.

Die auf die einzelnen Materien des Staatskirchenrechts bezogenen Darstellungen in der ersten Auflage haben zum großen Teil bleibenden Wert als Beiträge zu den Grundlagen des deutschen Staatskirchenrechts und zu bestimmten Sachfragen. In einigen Teilbereichen und in vielen Details haben jedoch Änderungen der einschlägigen gesetzlichen Grundlagen die Aktualität der Beiträge gemindert. Seit dem Ende der achtziger Jahre hat sich der Gedanke einer Neubearbeitung nicht zuletzt auch deshalb aufgedrängt, weil das Werk seit Jahren vergriffen ist. Ferner hat auf verschiedenen Gebieten des Staatskirchenrechts — ausgelöst durch neuartige Fragestellungen aus der Praxis — eine deutliche Weiterentwicklung stattgefunden. Zu einer Konkretisierung der Rechtslage hat in vielen Punkten vor allem die Rechtsprechung beigetragen. Auch die theoretischen Bemühungen zur Klärung grundsätzlicher Fragen haben ihre Fortsetzung gefunden. Fragen der staatskirchenrechtlichen Ordnung sind in bemerkenswerter Weise auch Gegenstand einer öffentlichen Diskussion geworden, die namentlich durch die Medien vermittelt wird und in der vielfach sehr kritische, freilich oft auf Unverständnis beruhende Wertungen der überkommenen Institutionen des deutschen Staatskirchenrechts vernehmbar werden.

Die Herausgeber können mit Zufriedenheit feststellen, daß es wiederum gelungen ist, eine große Zahl namhafter Wissenschaftler und erfahrener Persönlichkeiten der Rechtspraxis aus den beiden großen christlichen Konfessionen für die Mitarbeit zu gewinnen. Die einzelnen Bearbeiter tragen für den Inhalt ihrer Beiträge die alleinige Verantwortung. Es wird daher gebeten, die Beiträge des Handbuchs jeweils unter dem Namen des Verfassers und mit der Abkürzung des Handbuchs wie folgt zu zitieren: „N.N., . . . , in: HdbStKirchR, 2. Aufl., Bd. I, Berlin 1994, S. . . .“.

Der Plan für eine Neubearbeitung hatte bereits konkrete Gestalt angenommen, als die sich abzeichnende Wiedervereinigung Deutschlands längere Zeit eine gewisse Unsicherheit darüber entstehen ließ, ob und in welchem Umfang notwendig werdende Veränderungen im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland auch auf die staatskirchenrechtliche Ausgangslage Einfluß haben würden. Sobald erkennbar war, daß eine grundsätzliche Umgestaltung der staatskirchenrechtlichen Verfassungsbestimmungen nicht zu erwarten sei, wurde die Edition einer grundlegend neu bearbeiteten zweiten Auflage des Handbuchs in die Wege geleitet, zumal die Aufgabe, die Rechtsverhältnisse in den neuen Bundesländern neu zu ordnen, auch die Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche zu einem dringlichen und aktuellen Thema gemacht hat.

Das der ersten Auflage zugrunde liegende bewährte Konzept für die Darbietung der gesamten Materie des Staatskirchenrechts wurde im wesentlichen beibehalten. Neben wenigen einleitenden Beiträgen, welche die systematische Komponente des Staatskirchenrechts herausstellen oder dieses in einen größeren historischen und rechtstheoretischen Zusammenhang einzuordnen suchen, steht eine Fülle von Beiträgen zu einzelnen typischen Institutionen des deutschen Staatskirchenrechts und zu einzelnen Sachbereichen der Rechtsordnung, die auf kirchliche Belange Bezug nehmen oder für das Wirken der Kirchen wesentliche Bedeutung haben. Es hat sich hierbei als notwendig erwiesen, die Zahl der Einzelbeiträge gegenüber der Voraufgabe erheblich zu vermehren, damit die Fülle der für die kirchliche Tätigkeit wesentlichen Rechtsverhältnisse wirklichkeitsgerecht erfaßt wird.

Die Herausgeber verantworten die zweite Auflage des Handbuchs im Hinblick auf die Gesamtkonzeption und die koordinierende Zusammenfügung der einzelnen Beiträge gemeinsam. Die redaktionelle Bearbeitung und die technische Durchführung der Edition erfolgte wiederum im Institut für Staatskirchenrecht der Diözesen Deutschlands, Bonn. Den Mitarbeitern des Instituts gilt der Dank der Herausgeber. Mit großem Engagement und viel Umsicht hat sich — ebenso wie bei der ersten Auflage — Herr Lothar Block, Bibliothekar und Bürovorsteher im Institut für Staatskirchenrecht der Diözesen Deutschlands, der nicht immer einfachen Aufgabe unterzogen, die einzelnen Beiträge in formaler Hinsicht zu koordinieren. Er hat dadurch zur Übersichtlichkeit und Brauchbarkeit des Werkes erheblich beigetragen. Die Herausgeber danken ferner Frau Margarete Floßdorf für die stets sorgfältige Erledigung der Schreibarbeiten.

Der abschließende zweite Band des Handbuchs, dessen Vorbereitung schon weit fortgeschritten ist, soll so bald wie möglich erscheinen. Er

wird ein ausführliches Sachwortregister sämtlicher in den beiden Bänden behandelten Rechtsmaterien enthalten.

Der Dank der Herausgeber gilt schließlich Herrn Rechtsanwalt Professor Norbert Simon, dem Inhaber des Verlages Duncker & Humblot, der die zweite Auflage des Handbuchs mit großer Zuvorkommenheit in das Verlagsprogramm seines Hauses übernommen hat, sowie Herrn Dieter H. Kuchta von der Abteilung Herstellung des Verlages für die sorgfältige Betreuung des Handbuchs und für die stets harmonische Zusammenarbeit.

Die Unterzeichneten widmen das Werk dem Andenken der verstorbenen Herausgeber der ersten Auflage, den bedeutenden Bonner Staatsrechtslehrern der Nachkriegszeit, Ernst Friesenhahn und Ulrich Scheuner.

Augsburg / Bonn
Joseph Listl

1. Mai 1994

München
Dietrich Pirson

Inhaltsverzeichnis

Erster Band

I. ABSCHNITT

Grundlagen des Verhältnisses von Staat und Kirche

- § 1 Die geschichtlichen Wurzeln des deutschen Staatskirchenrechts. Von *Dietrich Pirson* 3-46
- I. Entstehung und Weiterentwicklung des Staatskirchenrechts im Rahmen der Verfassungsgeschichte der Neuzeit: 1. Staatskirchenrecht als Konsequenz aus dem neuzeitlichen Staatsverständnis S. 3. — 2. Periodisierung des neuzeitlichen Staatskirchenrechts S. 6. — 3. Nationales und territoriales Staatskirchenrecht S. 8. — 4. Kodifikationen S. 10. — 5. Begriffliche Kennzeichnung S. 10. — 6. Ertrag der geschichtlichen Entwicklung S. 12. — II. Die Themen des Staatskirchenrechts nach ihren historischen Bedingungen: 1. Die Kompetenz des staatlichen Gesetzgebers in religiösen Angelegenheiten S. 13. — 2. Staatliche Kirchengovernance S. 20. — 3. Zulassung und Rechtsform von Religionsgemeinschaften S. 24. — 4. Innerkirchliche Verfassung S. 30. — 5. Besetzung kirchlicher Ämter S. 33. — 6. Kirchliche Finanzen S. 36. — 7. Das individuelle Recht der Religionsausübung S. 39. — 8. Die staatliche Gesetzgebung auf herkömmlichen Tätigkeitsfeldern der Kirchen S. 43.
- § 2 Der heutige Verfassungsstaat und die Religion. Von *Axel Frhr. v. Campenhausen* 47-84
- I. Wesen und Besonderheit des Staatskirchenrechts: 1. Staatskirchenrecht als Teil der Verfassung S. 47. — 2. Staatskirchenrechtliche Bestimmungen als ausfüllungsbedürftige Rahmenordnung S. 49. — II. Auslegung der staatskirchenrechtlichen Bestimmungen: 1. Allgemeine Auslegungsgrundsätze S. 52. — 2. Bedeutungswandel alter Artikel S. 55. — III. Elemente der staatskirchenrechtlichen Ordnung S. 57. — IV. Religionsfreiheit: 1. Fundamentale Bedeutung S. 58. — 2. Religionsfreiheit als Individualrecht, als kollektives Grundrecht, als korporatives Recht, als objektives Element der Verfassungsordnung S. 59. — 3. Das Recht zum Fernbleiben und das Recht der Religionsbetätigung S. 60. — 4. Toleranz S. 62. — 5. Aktuelle Probleme der Religionsfreiheit S. 63. — V. Trennung von Staat und Kirche: 1. Verbot der Staatskirche 1919 S. 63. — 2. Trennung von Staat und Kirche in den USA S. 65. — 3. Trennung von Staat und Kirche in Frankreich S. 66. — 4. Trennung im Totalitarismus S. 68. — 5. Trennung von Staat und Kirche im NS-Deutschland S. 69. — 6. Trennung von Staat und Kirche im Ostblock,

insbesondere in der DDR S. 70. — 7. Trennung von Staat und Kirche unter dem Grundgesetz S. 71. — VI. Parität S. 75. — VII. Die religiös-weltanschauliche Neutralität S. 77. — VIII. Das Staatskirchenrecht nach der staatlichen und kirchlichen Wiedervereinigung S. 79.

- § 3 Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland. Die politischen und gesellschaftlichen Grundlagen. Von *Hans Maier* .. 85-110
- I. Die Wiederherstellung der öffentlichen Stellung der Kirchen nach 1945 S. 86. — II. Bewegungen in der Gesellschaft — Veränderungen in den Kirchen S. 92. — III. Die Kirchen im Zeichen der Wiedervereinigung S. 103.
- § 4 Das Verhältnis von Kirche und Staat nach der Lehre der katholischen Kirche. Von *Paul Mikat* 111-155
- I. Theologische Grundfragen: 1. Die Kirche als heilsgeschichtlich-eschatologische Größe S. 111. — 2. Naturrecht und Geschichtlichkeit S. 113. — 3. Wandlungen und Zeitgebundenheit kirchlicher Staat-Kirche-Modelle S. 115. — II. Die politische Herrschaft in der Sicht des Neuen Testaments: 1. Das biblische Fundament der katholischen Lehre zum Staat-Kirche-Verhältnis S. 119. — 2. Das Fehlen einer staatsphilosophischen und politischen Doktrin im Neuen Testament S. 123. — 3. Der Staat im Neuen Testament: eine vorläufige und eschatologische Größe S. 124. — III. Die geschichtliche Dimension der katholischen Doktrin zum Staat-Kirche-Verhältnis: 1. Das Ringen um die Eigenständigkeit der Kirche gegenüber dem Staat S. 126. — 2. Das ambivalente Verhältnis zwischen Staat und Kirche im mittelalterlichen *Corpus Christianum*. Die Zwei-Schwerter-Lehre S. 127. — 3. Die „Institutionen-Rivalität“ zwischen Staat und Kirche im 19. Jahrhundert S. 131. — IV. Die Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils über die Zuordnung von Kirche und Staat: 1. Die Weltbezogenheit der Konzilserklärungen S. 135. — 2. Die Gewähr individueller und korporativer Religionsfreiheit als Bestandteil der Verwirklichung des Gemeinwohls S. 135. — 3. Das Verhältnis von Kirche und Staat in den Konzilsaussagen S. 137. — 4. Die Ambivalenz einer „Theologie der Befreiung“ S. 140. — 5. Zusammenfassung S. 141. — V. Das Verhältnis von Kirche und Staat im *Codex Iuris Canonici* vom 25. Januar 1983: 1. Der Strukturplan der Kirche im *Codex Iuris Canonici* S. 142. — 2. Kirchliches Verfassungs- und Ämterrecht S. 144. — 3. Glaubensverkündigung und Bildungswesen S. 148. — 4. Kirchliches und staatliches Eherecht S. 150. — 5. Kirchengut und kirchliche Vermögensverwaltung S. 151. — 6. Kirchliches Strafrecht und kirchliche Rechtsprechung S. 153. — 7. Zusammenfassung S. 154.
- § 5 Das Verhältnis von Kirche und Staat nach evangelischem Verständnis. Von *Martin Heckel* 157-208
- I. Irritationen: 1. Umstrittenes politisches Engagement S. 157. — 2. Theologische Hintergründe S. 159. — 3. Weltabkehr oder Weltzuwendung? S. 159. — 4. Spektakuläre Aktionen S. 161. — 5. Autoritäts- und Vertrauenseinbußen S. 162. — 6. Ein Votum für die Demokratie S. 163. — II. Ideologie-

anfälligkeit?: 1. Die alten und die neuen Ideologien S. 164. — 2. Schillernde Leitbilder S. 165. — 3. Trübungen und Vermischungen S. 166. — 4. Fragwürdige Synthesen S. 167. — 5. Fremde Assoziationen und Wertwandel S. 168. — 6. Facetten der Friedensfrage S. 168. — 7. Auswirkungen des Ost-West-Konflikts S. 169. — 8. Folgen für das Staatskirchenrecht S. 171. — III. Identität und Kooperation: 1. Auszehrung der Volkskirchen S. 172. — 2. Sinnverluste als Gefährdung der Eigenständigkeit S. 172. — 3. Problematische Reformanstrengungen S. 173. — 4. Kontraste der kirchlichen Repräsentation S. 174. — 5. Rückwirkungen auf die Kompetenz und Kooperation im Staatskirchenrecht S. 175. — IV. Positionen: 1. Situationsbezogenheit der theologischen Konzeptionen S. 176. — 2. Verfremdungen der Zwei-Reiche-Lehre S. 177. — 3. Amalgamierung mit Geschichtsphilosophie und Nationalidee S. 178. — 4. Das Kriegs- und Kirchenkampfelerlebnis S. 179. — 5. Die Theologie der „Schöpfungsordnung“ S. 180. — 6. Die christologische Staatslehre S. 181. — 7. Ausdifferenzierung gegensätzlicher Konzeptionen S. 183. — 8. Gemeinsamkeit in der Barmer Theologischen Erklärung S. 184. — V. Traditionen: 1. Das Manko der theologischen Begründung S. 185. — 2. Kirchenregiment der weltlichen Obrigkeit S. 186. — 3. Säkulare „Kirchenverfassungs“-Theorien S. 186. — 4. Das Episkopal-, Territorial- und Kollegialsystem S. 187. — 5. Summepiskopat und Trennung im 19. Jahrhundert S. 188. — VI. Stellungnahmen: 1. Das „Wächteramt“: Kirchliche „Worte“ S. 188. — 2. Die „Denkschriften“ S. 189. — 3. Die geistliche und die weltliche Legitimation S. 190. — 4. Welches Kirchenverständnis? S. 191. — 5. Kirchliches Amt — weltliches Amt? S. 192. — 6. Die „Sachgemäßheit“ S. 192. — 7. Ekklesiologische Versuche S. 193. — 8. Die „Schriftgemäßheit“ S. 193. — 9. Ihr Verhältnis zueinander S. 195. — 10. Die schillernden Äquivokationen S. 196. — 11. Die rechte Zuordnung nur in der Unterscheidung S. 197. — VII. Unterscheidungen: 1. Die reformatorischen Distinktionen S. 198. — 2. Gottes Tat — menschliches Tun S. 198. — 3. Reich Gottes — Reich der Welt S. 199. — 4. Welt: Schöpfung und Fall S. 199. — 5. Geistliches und weltliches Freiheitsverständnis S. 200. — 6. Der Friede in Gott und der Weltfriede S. 201. — 7. Gesetz und Evangelium S. 202. — 8. Usus politicus legis S. 202. — 9. Usus theologicus legis S. 203. — 10. Die Einheit des göttlichen Gesetzes S. 203. — 11. Die geistliche und die weltliche Gerechtigkeit S. 204. — 12. Glaube und Werke S. 204. — 13. Die kirchliche Verkündigung und das weltliche Amt S. 205. — 14. Differenzierung in den Denkschriften S. 205. — Literaturübersicht zu Abschnitt „IV. Positionen“ S. 206.

II. ABSCHNITT

Rechtsquellen

§ 6 Das Staatskirchenrecht als Gegenstand des Verfassungsrechts. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Staatskirchenrechts. Von <i>Peter Badura</i>	211-251
A. Anspruch und Rechtfertigung der staatlichen Verfassung, die Grundlagen des Verhältnisses von Staat und Kirchen zu regeln: I. Religion und Kirche in der Staatsverfassung S. 211.	

— II. Religion und Kirche im säkularen Verfassungsstaat S. 221. — B. Weimarer Reichsverfassung und Grundgesetz: I. Die Weimarer Kirchenartikel S. 229. — II. Die Inkorporation des Weimarer Staatskirchenrechts durch Art. 140 GG S. 236. — C. Das Staatskirchenrecht im Bundesstaat: I. Die deutschen Landesverfassungen S. 245. — II. Zulässigkeit und Notwendigkeit staatskirchenrechtlicher Garantien und Grundsätze in der Bundesverfassung S. 249.	
§ 7 Die vertragsrechtlichen Grundlagen des Staatskirchenrechts. Von <i>Alexander Hollerbach</i>	253-287
I. Verträge zwischen Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland S. 253. — 1. Historische Entwicklung bis 1945 S. 254. — 2. Die Entwicklung nach 1945 S. 256. — 3. Aktueller Stand: Das Staatskirchenvertragsrecht im Zeichen der deutschen Wiedervereinigung S. 263. — II. Der Staatskirchenvertrag in der Ordnung des staatlichen und des internationalen Rechts: 1. Grundsätzliches: Zur Legitimation vertraglicher Koordination von Staat und Kirche S. 266. — 2. Der Rechtscharakter der Staatskirchenverträge S. 272. — 3. Staatskirchenverträge im System der staatlichen Rechtsquellen, insbesondere in ihrem Verhältnis zu Verfassung und Gesetz S. 275. — 4. Einzelfragen des allgemeinen Vertragsrechts in bezug auf die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland S. 278. — III. Inhalt und Typologie der Staatskirchenverträge S. 285.	
§ 8 Das Staatskirchenrecht als Gegenstand der einfachen Gesetzgebung in Bund und Ländern. Von <i>Jörg Müller-Volbehr</i>	289-313
I. Geschichtliche Entwicklung S. 289. — II. Typologie S. 291. — III. Modalitäten der Gesetzgebung S. 294. — IV. Rangverhältnis zwischen Gesetz und Kirchenvertrag S. 295. — V. Die Gesetzgebung im Geflecht der Aufgaben von Staat und Kirche S. 298. — VI. Schranken der Gesetzgebung S. 301. — VII. Bundesgesetze S. 303. — VIII. Landesgesetze S. 310.	
§ 9 Europarecht und Kirchen. Von <i>Gerhard Robbers</i>	315-332
I. Voraussetzungen S. 315. — II. Die Europäische Menschenrechtskonvention S. 316. — III. Das Recht der Europäischen Gemeinschaft: 1. Die allgemeine Situation der Kirchen S. 318. — 2. Die Stellung der Kirchen S. 319. — 3. Einzelne Bereiche staatskirchenrechtlicher Relevanz des Gemeinschaftsrechts S. 326.	
§ 10 Das Gewohnheitsrecht im Staatskirchenrecht. Von <i>Peter Landau</i>	333-343
I. Rechtshistorische Bestimmung und Begrenzung von Gewohnheitsrecht S. 333. — II. Gewohnheitsrecht im deutschen öffentlichen Recht, speziell im Staatsrecht S. 335. — III. Gewohnheitsrecht im Rechtsverständnis des Kirchenrechts S. 338. — IV. Gewohnheitsrecht im deutschen Staatskirchenrecht S. 340.	

III. ABSCHNITT

Die Religionsgemeinschaften nach kirchlichem Verfassungsrecht

- § 11 Die Organisationsstruktur der katholischen Kirche. Von *Karl Eugen Schlieff* 347-382
- I. Die Diözesanverfassung der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland: 1. Die Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland S. 347. — 2. Die Neuumschreibung der Bistumsgrenzen in Deutschland S. 354. — 3. Die verfassungsrechtliche Grundlage der Organisationsstruktur der katholischen Kirche in Deutschland S. 356. — 4. Die deutschen Bistümer als Jurisdiktionsbezirke der Weltkirche S. 359. — 5. Die Stellung des Militärbischofs S. 360. — 6. Die Deutsche Bischofskonferenz S. 361. — 7. Der Verband der Diözesen Deutschlands S. 365. — 8. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken S. 368. — II. Die Organisation und Verwaltung des Einzelbistums: 1. Die bischöfliche Gewalt und ihre Teilhaber S. 369. — 2. Die territoriale Gliederung der Bistümer S. 374. — III. Die religiösen Ordensgemeinschaften: 1. Die rechtliche Struktur des Ordenswesens in der katholischen Kirche S. 378. — 2. Die Tätigkeit der Orden in der Bundesrepublik Deutschland S. 381.
- § 12 Die Organisationsstruktur der evangelischen Kirche. Von *Otto Frhr. v. Campenhausen* 383-415
- A. Die organisatorische Grundgliederung S. 383. — B. Die Kirchengemeinden: I. Die rechtlichen Strukturen S. 386. — II. Die gemeindlichen Arbeitsstrukturen S. 388. — C. Die landeskirchlichen Zwischengliederungen: I. Strukturelle Zwischengliederungen S. 388. — II. Zweckverbände S. 389. — D. Die Landeskirchen: I. Die landeskirchlichen Gebiete S. 389. — II. Die landeskirchlichen Organe S. 390. — III. Besondere Arbeitszweige S. 392. — IV. Die zwischenkirchliche Zusammenarbeit S. 393. — E. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): I. Konstituierende Elemente und Aufgaben der EKD S. 396. — II. Die Organe der EKD S. 398. — III. Verwaltung der EKD S. 401. — IV. Gerichtsbarkeit und gerichtsähnliche Verfahren S. 401. — F. Die Mitgliedschaft in konfessionellen Bündeln: I. Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) S. 403. — II. Europäische Ökumenische Kommission für Kirche und Gesellschaft (EECCS) S. 404. — III. Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) S. 405. — IV. Lutherischer Weltbund (LWB) S. 405. — V. Reformierter Weltbund (RWB) S. 406. — VI. Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK) S. 407. — G. Die kirchlichen Werke und Verbände einschließlich besonderer Arbeitszweige und Arbeitsgemeinschaften: I. Die Arbeitsfelder allgemeinkirchlicher Anbindung S. 407. — II. Die Arbeitsfelder in EKD-Anbindung S. 408.
- § 13 Die Organisationsstruktur der übrigen als öffentliche Körperschaften verfaßten Religionsgemeinschaften und ihre Stellung im Staatskirchenrecht. Von *Ernst-Lüder Solte* 417-436
- I. Einleitung S. 417. — II. Die übrigen Religionsgemeinschaften mit dem Status einer Körperschaft des öffentlichen

Rechts im Überblick: 1. Die evangelischen Freikirchen S. 419. — 2. Weitere christliche Religionsgemeinschaften S. 424. — 3. Überkonfessionelle Formen der Kooperation zwischen den christlichen Religionsgemeinschaften S. 425. — 4. Die übrigen öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften S. 425. — III. Die kleinen Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts im deutschen Staatskirchenrecht: 1. Die Stellung der kleinen öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften im Staatskirchenrecht der Gegenwart S. 428. — 2. Die Ausgestaltung ihres Status S. 429.

IV. ABSCHNITT

Verfassungsrechtliche Grundsatzentscheidungen für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche

- § 14 Glaubens-, Bekenntnis- und Kirchenfreiheit. Von *Joseph Listl* 439-479
- I. Das verfassungsrechtliche Grundverständnis der Religions- und Kirchenfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland S. 439. — 1. Die extensive Auslegung des Begriffs der Religionsausübung S. 440. — 2. Kein Vorrang der negativen vor der positiven Religionsfreiheit S. 441. — 3. Toleranzgebot als eines der obersten Verfassungsprinzipien S. 442. — 4. Der wesensnotwendige Zusammenhang zwischen individueller Religionsfreiheit und institutioneller Kirchenfreiheit S. 444. — II. Inhalt und Schranken des Grundrechts der Religionsfreiheit: 1. Der Gesamtbestand der für die Religionsfreiheit bedeutsamen verfassungsrechtlichen Normativbestimmungen S. 446. — 2. Der Religionsbegriff des Grundgesetzes S. 449. — 3. Die Einzelelemente des Grundrechts der Religionsfreiheit im heutigen Verfassungsrecht S. 454. — 4. Die Schranken des Grundrechts der Religionsfreiheit S. 465.
- § 15 Gewissensfreiheit. Von *Matthias Herdegen* 481-504
- I. Grundlagen: 1. Verhältnis der Gewissensfreiheit zur Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit S. 481. — 2. Funktionen der Gewissensfreiheit S. 482. — II. Der Schutzbereich der Gewissensfreiheit: 1. Der Begriff der Gewissensentscheidung S. 486. — 2. Grundrechtsträger S. 489. — 3. Sachlicher Schutzbereich S. 491. — 4. Drittwirkung S. 492. — III. Die Gewissensbetätigungsfreiheit und ihre Schranken S. 493. — 1. Schrankenmodelle S. 494. — 2. Wohlwollensgebot und die Bereitstellung von Alternativen S. 497. — IV. Einzelne Problemfelder: 1. Abgabenerweigerung S. 498. — 2. Eidesleistung S. 499. — 3. Strafrecht S. 500. — 4. Sonderstatusverhältnisse S. 501. — 5. Vertragspflichten, insbesondere im Arbeitsrecht S. 503. — V. Europäische Menschenrechtskonvention S. 504.
- § 16 Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Von *Matthias Herdegen* 505-520
- I. Bedeutung und systematische Einordnung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung: 1. Bedeutung des Grundrechts aus Art. 4 Abs. 3 GG S. 505. — 2. Das Grund-

recht im verfassungsrechtlichen Kontext S. 507. — II. Der Schutzbereich des Grundrechts: 1. „Kriegsdienst mit der Waffe“ S. 512. — 2. Die Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst S. 514. — III. Der zivile Ersatzdienst: 1. Allgemeines S. 517. — 2. Dauer S. 518. — 3. Ersatzdienstverweigerung S. 519.	
§ 17 Das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Von <i>Konrad Hesse</i>	521 - 559
I. Begriff und Rechtsgrundlagen S. 521. — 1. Die Gewährleistung im Grundgesetz S. 522. — 2. Landesverfassungsrechtliche Gewährleistungen S. 526. — 3. Vertragsrechtliche Gewährleistungen S. 527. — II. Grundlagen und Grundlinien der Interpretation des Art. 137 Abs. 3 WRV S. 528. — 1. Das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen und Religionsgemeinschaften als Sachproblem verfassungsmäßiger Gesamtordnung S. 529. — 2. Aufgabe und Funktion der Gewährleistung S. 531. — III. Geltungsbereich, Gegenstand und Reichweite des Selbstbestimmungsrechts der Kirchen und Religionsgemeinschaften S. 533. — 1. Berechtigte S. 534. — 2. Das selbständige „Ordnen und Verwalten“ S. 535. — 3. Die „eigenen“ Angelegenheiten der Kirchen und Religionsgemeinschaften S. 538. — IV. Die „Schranken des für alle geltenden Gesetzes“: 1. Interpretationen der Weimarer Zeit S. 544. — 2. Neuere Interpretationen S. 545. — 3. Die Schrankenformel als Zuordnungsregelung S. 549. — V. Weitere Grenzen des Selbstbestimmungsrechts der Kirchen und Religionsgemeinschaften: 1. Durch Normen des Grundgesetzes selbst gezogene Grenzen S. 557. — 2. Vertragliche Grenzen S. 558.	
§ 18 Die Ämterhoheit der Kirchen. Von <i>Ernst-Lüder Solte</i>	561 - 572
I. Einführung S. 561. — II. Die Ämterhoheit und ihre Schranken: 1. Der Gegenstand der Ämterhoheit und ihre Stellung im staatskirchenrechtlichen System S. 562. — 2. Die Schranken der Ämterhoheit S. 563. — III. Die Ausgestaltung der Ämterhoheit im Staatskirchenrecht: 1. Freie Entscheidung über die Voraussetzungen für die Übertragung des Amts S. 564. — 2. Freie Entscheidung über die Person S. 566.	
§ 19 Grundrechtsbindung der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Von <i>Hermann Weber</i>	573 - 587
I. Einleitung S. 573. — II. Staatskirchenrechtliche Ausgangspunkte: 1. Die Garantie des Selbstbestimmungsrechts der Religionsgemeinschaften und die Schranke des „für alle geltenden Gesetzes“ S. 575. — 2. Die Bedeutung des Status der Kirchen und Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts S. 577. — 3. Beleihung von Religionsgemeinschaften mit Hoheitsfunktionen S. 578. — III. Folgerungen für die Grundrechtsbindung: 1. Folgerungen für alle Religionsgemeinschaften S. 579. — 2. Im besonderen: Die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften S. 584.	
§ 20 Die religionsrechtliche Parität. Von <i>Martin Heckel</i>	589 - 622
I. Die normativen Grundlagen S. 589. — II. Rechtscharakter S. 591. — III. Grundrechtsberechtigte S. 593. — IV. Grund-	

rechtsverpflichtete S. 594. — V. Zur Judikatur des Bundesverfassungsgerichts S. 596. — VI. Zur inneren Struktur des Gleichheitssatzes S. 598. — VII. Der Privilegienabbau als Egalisierungsziel S. 601. — VIII. Egalitärer Verfassungsstatus „Gleichheit des Angebots“ S. 605. — IX. Keine Gleichschaltung des Religiösen mit dem Säkularen S. 608. — X. Liberalisierung des Staatskirchenrechts. Differenzierungswirkung der Rechtsgleichheit S. 610. — XI. Gleichheit des säkularen Rahmens zur unterschiedlichen religiösen Sinnerfüllung S. 617.

- § 21 Das Gleichbehandlungsgebot im Hinblick auf die Religion. Von *Martin Heckel* 623–650
- I. Allgemeines S. 623. — II. Zum Verbot der Benachteiligung und Bevorzugung S. 626. — III. Kein „Anknüpfungs“- bzw. „Differenzierungsverbot“! S. 635. — IV. „... wegen ... seines Glaubens, seiner religiösen ... Anschauungen ...“ S. 640.
- § 22 Die Kirchen und Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Von *Paul Kirchhof* 651–687
- I. Zuweisung einer Rechtsstellung im öffentlichen Leben: 1. Die freiheitliche Demokratie als Angebot S. 651. — 2. Die institutionelle Annahme des Angebots S. 653. — II. Die verfassungsrechtliche Grundlage des Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 5 WRV S. 656. — III. Die Körperschaft des öffentlichen Rechts als Stütze einer freiheitlichen Kulturordnung: 1. Die Entwicklung des Art. 137 Abs. 5 WRV S. 658. — 2. Status in einer freiheitsgestaltenden Verfassungsordnung S. 666. — IV. Der staatskirchenrechtliche Status einer Körperschaft: 1. Der verfassungsrechtlich gewährleistete Kerngehalt einer Körperschaft S. 670. — 2. Gesetzliche Verdeutlichung des Verfassungstatbestandes S. 675. — 3. Öffentlichrechtliche Bindung bei der Hoheitsausübung S. 676. — V. Verleihungsvoraussetzungen: 1. Erscheinungsformen S. 678. — 2. Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen S. 680. — 3. Die Hoheitsfähigkeit S. 682. — 4. Die „Gewähr der Dauer“ (Art. 137 Abs. 5 S. 2 WRV) S. 684. — 5. Verleihungsverfahren S. 686.
- § 23 Die Religionsgemeinschaften mit privatrechtlichem Rechtsstatus. Von *Josef Jurina* 689–713
- I. Begriffsbestimmung S. 690. — II. Hinweise zu Größe und Zahl der Religionsgemeinschaften mit privatrechtlichem Rechtsstatus S. 695. — III. Religionsfreiheit und Selbstbestimmung der Religionsgemeinschaften mit privatrechtlichem Rechtsstatus S. 696. — IV. Der Erwerb der Rechtsfähigkeit nach staatlichem Recht S. 707.

V. ABSCHNITT

Kirchliches Personenrecht in der Staatsorganisation

- § 24 Personenstandswesen. Meldewesen. Datenschutz. Von *Dieter Lorenz* 717-742
- I. Allgemeine Bedeutung und Problemstellung: 1. Das Personenstandswesen S. 717. — 2. Das Meldewesen S. 718. — 3. Der Datenschutz S. 719. — II. Die Angabe der Religionszugehörigkeit: 1. Die Beschränkung des Fragerechts S. 720. — 2. Die Religionszugehörigkeit als Datum im Personenstandswesen S. 721. — 3. Die Religionszugehörigkeit im Meldewesen S. 724. — III. Das Informationsrecht der Kirchen und Religionsgemeinschaften: 1. Die staatskirchenrechtliche Grundlage S. 726. — 2. Kirchliche Informationsrechte im Personenstandswesen S. 729. — 3. Kirchliche Informationsrechte im Meldewesen S. 731. — IV. Religionsgemeinschaften und Datenschutz: 1. Die Geltung des Bundesdatenschutzgesetzes S. 734. — 2. Datenschutz in der Kirche S. 738. — 3. Datenübermittlung an die Religionsgemeinschaften S. 740.
- § 25 Kirchliches Archivwesen. Von *Hartmut Krüger* 743-753
- I. Die unterschiedliche historische Entwicklung des Archivwesens im Bereich der katholischen Kirche und im Bereich der evangelischen Kirche S. 743. — II. Das geltende Recht der kirchlichen Archive S. 746.
- § 26 Die staatskirchenrechtliche Bedeutung des kirchlichen Mitgliedschaftsrechts. Von *Axel Frhr. v. Campenhausen* 755-775
- I. Die staatskirchenrechtliche Bedeutung der Kirchenmitgliedschaft S. 755. — II. Die Kirchengliedschaft nach dem Recht der römisch-katholischen Kirche S. 758. — III. Die Kirchenmitgliedschaft nach dem Recht der evangelischen Kirche S. 762. — IV. Staatskirchenrechtliche Probleme der Kirchenmitgliedschaft S. 768.
- § 27 Der Austritt aus den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Von *Axel Frhr. v. Campenhausen* 777-785
- I. Das Austrittsrecht als eigene Angelegenheit der Kirchen (Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 3 WRV) S. 777. — II. Der Austritt aus privatrechtlich organisierten Kirchen und Religionsgemeinschaften S. 779. — III. Der Austritt aus Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts S. 779. — IV. Die Wirkung des Kirchenaustritts S. 780. — V. Der Zeitpunkt der Wirkung des Kirchenaustritts S. 781. — VI. Der Kirchenübertritt S. 782. — VII. Anhang S. 783.
- § 28 Staatliches und kirchliches Eherecht. Von *Dietrich Pirson* 787-825
- I. Die Konkurrenz von weltlichem und kirchlichem Eherecht: 1. Die Ehe als Gegenstand rechtlicher Ordnung S. 787. — 2. Das Verhältnis von weltlichem und kirchlichem Eherecht in der Geschichte S. 788. — 3. Das Verhältnis von

staatlichem und kirchlichem Eherecht im säkularen Staat der Gegenwart S. 798. — II. Kollisionsbereiche von staatlichem und kirchlichem Recht der Gegenwart S. 804. — 1. Eheschließung S. 805. — 2. Eheleiche Lebensgemeinschaft S. 809. — 3. Elterliches Erziehungsrecht S. 812. — 4. Auflösung der Ehe S. 814. — III. Der verfassungsrechtliche Schutz der kirchlichen Ehe: 1. Selbstbestimmungsrecht der Kirchen (Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 3 WRV) S. 818. — 2. Glaubensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG) S. 820. — 3. Institutionelle Garantie der Ehe (Art. 6 Abs. 1 GG) S. 824.

- § 29 Kirchliche Vereine in der staatlichen Rechtsordnung. Von *Stefan Muckel* 827-840
- I. Aufgabe und gesellschaftliche Bedeutung kirchlicher Vereine S. 827. — II. Rechtliche Grundlagen kirchlicher Vereine: 1. Staatliches Recht S. 828. — 2. Kirchenrecht S. 829. — III. Bindungen kirchlicher Vereine an staatliches Recht S. 831. — 1. Der Grundsatz der Vereinsautonomie S. 832. — 2. Privilegierung kirchlicher Vereine aufgrund des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts S. 833. — IV. Zusammenfassung S. 839.
- § 30 Die Ordensgemeinschaften und ihre Angehörigen in der staatlichen Rechtsordnung. Von *Joseph Listl* 841-863
- Vorbemerkung S. 841. — I. Die Ordensgemeinschaften im innerkirchlichen Recht und im Staatskirchenrecht: 1. Die Ordensgemeinschaften im innerkirchlichen Recht S. 842. — 2. Die Ordensgemeinschaften im Staatskirchenrecht S. 845. — II. Rechtsstellung der Ordensgemeinschaften: 1. Rechtsfähigkeit S. 847. — 2. Gründungs- und Niederlassungsfreiheit. Vermögensgarantie. Selbstbestimmungsrecht S. 851. — 3. Betätigungsfreiheit S. 852. — 4. Staatspolitische Sonderbestimmungen für Ordensangehörige S. 854. — 5. Strafrechtlicher Schutz gegen den Mißbrauch des Ordenskleides S. 855. — III. Die Rechtsstellung der einzelnen Ordensangehörigen: 1. Keine Beschränkung des rechtlichen Status des einzelnen Ordensangehörigen S. 855. — 2. Tätigkeiten von Ordensangehörigen aufgrund von Gestellungsverträgen S. 857. — 3. Sozialversicherungsrechtliche Stellung von Ordensangehörigen S. 859.

VI. ABSCHNITT

Die finanziellen Angelegenheiten der Kirchen im staatlichen Recht

- § 31 Förderung der Kirchen durch den Staat. Von *Gerhard Robbers* 867-890
- I. Der Bestand staatlicher Förderung S. 867. — II. Das historische und internationale Umfeld S. 871. — III. Die verfassungsrechtliche Begründung staatlicher Förderung der Kirchen S. 873. — IV. Grundsätze der Ausgestaltung S. 879. — V. Die Legitimität finanzieller Förderung der Kirchen durch den Staat S. 883.

§ 32 Die Verfassungsgarantie des kirchlichen Vermögens. Von <i>Karl-Hermann Kästner</i>	891-906
I. Bedeutung und Funktion der Kirchengutsgarantie: 1. Der rechtliche Schutz des Kirchenvermögens S. 891. — 2. Die Schutzfunktion der Kirchengutsgarantie S. 892. — 3. Konsequenzen der Kirchengutsgarantie S. 895. — II. Schutzsubjekte der Kirchengutsgarantie S. 896. — III. Der Schutzbereich der Kirchengutsgarantie: 1. Das „Kirchengut“ S. 898. — 2. Religionsbezug der Kirchengutsgarantie S. 898. — 3. Schutz der verschiedenen Vermögensbestandteile S. 899. — 4. Grenzen der Kirchengutsgarantie S. 902. — IV. Rechtsschutzfragen: 1. Rechtsweg S. 904. — 2. Prüfungsreichweite der staatlichen Gerichte S. 905.	
§ 33 Die Vermögensverwaltung und das Stiftungsrecht im Bereich der evangelischen Kirche. Von <i>Christian Meyer</i>	907-946
I. Zum Kirchenvermögensrecht: 1. Begriff und Arten des Kirchenvermögens S. 907. — 2. Verfassungsrechtlicher Schutz des Kirchenvermögens S. 914. — 3. Vermögensrechtliche Bestimmungen der Kirchenverträge mit evangelischen Landeskirchen S. 917. — 4. Kirchliches Vermögensrecht und kirchliche Selbstverwaltung S. 920. — II. Das Recht der kirchlichen Stiftungen S. 930. — 1. Rechtsgrundlagen S. 932. — 2. „Kirchliche Stiftung“ S. 938. — 3. Teilnahme am allgemeinen Rechtsleben S. 941. — 4. Aufsicht über kirchliche Stiftungen S. 942.	
§ 34 Die Vermögensverwaltung und das Stiftungsrecht im Bereich der katholischen Kirche. Von <i>Wolfgang Busch</i>	947-1008
A. Das Kirchenvermögen aus der Sicht des kirchlichen und staatlichen Rechts: I. Der Begriff des Kirchenvermögens S. 947. — II. Der Schutz des Kirchenvermögens S. 949. — B. Grundsätzliche Probleme des Kirchenvermögensrechts in der Bundesrepublik Deutschland: I. Das staatliche Interesse am kirchlichen Vermögens- und Stiftungsrecht und seine Grenzen S. 953. — II. Staatliche und kirchliche Gesetzgebung im Bereich des Kirchenvermögensrechts S. 954. — III. Staatliche Aufsichtsrechte über die kirchliche Vermögensverwaltung S. 957. — IV. Kirchliche Rechtsträger und staatliche Rechtsfähigkeit S. 958. — V. Die rechtliche Bedeutung kirchlicher Vertretungs- und Genehmigungsvorschriften im staatlichen Bereich S. 962. — C. Das Kirchenvermögens- und das Stiftungsrecht in seiner regionalen Ausprägung: I. Die Zersplitterung des Kirchenvermögens- und Stiftungsrechts S. 969. — II. Kirchenvermögens- und Stiftungsrecht in dem vorwiegend ehemals preußischen Rechtsbereich der alten Bundesländer: 1. Grundsätzliches S. 970. — 2. Das Kirchenvermögensrecht — derzeitiger Stand der Rechtsentwicklung S. 971. — 3. Das Stiftungsrecht — derzeitiger Stand der Rechtsentwicklung S. 985. — III. Kirchenvermögens- und Stiftungsrecht im bayerischen Rechtsbereich S. 990. — IV. Kirchenvermögens- und Stiftungsrecht im Rechtsbereich des Landes Baden-Württemberg S. 994. — V. Kirchenvermögens- und Stiftungsrecht in den Jurisdiktionsbezirken der neuen Bundesländer — derzeitiger Stand der Rechtsentwicklung S. 1000. — D. Vertretungsorgane ortskirchlicher	

Rechtsträger und Pfarrgemeinderäte S. 1006. — E. Die Weiterentwicklung des Kirchenvermögens- und -verwaltungsrechts S. 1007.

§ 35 Staatsleistungen an die Kirchen und Religionsgemeinschaften. Von *Josef Isensee* 1009-1063

A. Zum historischen und teleologischen Verständnis der Verfassungsentscheidung über die Staatsleistungen: I. Staatsleistungen als Säkularisations-Ausgleich S. 1009. — II. Die zwiespältige Verfassungsentscheidung: Ablösungsauftrag und Bestandsgarantie S. 1015. — B. Das Rechtsinstitut der Staatsleistung: I. Begriff S. 1018. — II. Arten S. 1021. — III. Rechtsgrundlagen S. 1026. — C. Die Subjekte der Leistungsbeziehungen: I. Leistungsträger S. 1030. — II. Leistungsempfänger S. 1033. — D. Der Auftrag zur gesetzlichen Ablösung: I. Gegenstand und Wirkweise der Ablösung S. 1034. — II. Modalitäten der Abfindung S. 1036. — III. Zuständigkeit und Verfahren S. 1037. — IV. Geltung der Verfassungsdirektive S. 1042. — E. Der Bestandsschutz S. 1043. — I. Authentische Feststellung über Verfassungsmäßigkeit und Fortbestehen S. 1044. — II. Status-quo-Garantie auf Widerruf und vertragliche Ablösung S. 1048. — III. Verfassungsrechtlicher Bestandsschutz außerhalb des Art. 138 Abs. 1 WRV (Art. 140 GG) S. 1051. — F. Die Rechtslage in den neuen Bundesländern S. 1052. — I. Sowjetische Besatzungszone und Deutsche Demokratische Republik S. 1053. — II. Verfassungen der neuen Bundesländer S. 1055. — III. Rechtsschicksal einzelner Leistungstitel S. 1055. — G. Begründung neuer Staatsleistungen: I. Verfassungsrechtliche Sperre? S. 1057. — II. Neue Unterhaltszuwendungen S. 1058. — III. Neue Ausgleichsleistungen S. 1059. — IV. Förderung säkularer Gemeinwohldienste der Kirche und Förderung der Religion S. 1060. — Anhang: Auswahl-Bibliographie zum Recht der Staatsleistungen S. 1062.

§ 36 Steuer- und Gebührenbefreiungen der Kirchen. Von *Gerhard Hammer* 1065-1099

A. Vorbemerkungen S. 1065. — B. Steuerbefreiung zugunsten der Kirchen: I. Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts: 1. Öffentlicher Status als Anknüpfungsvoraussetzung S. 1067. — 2. Steuern auf das Einkommen und den Bestand des Eigentums S. 1068. — 3. Steuern auf die Verwendung von Einkommen S. 1073. — 4. Steuervergünstigungen für kirchlich gebundene Organisationen S. 1077. — 5. Steuervorteile für Leistungen Dritter zugunsten der Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts und der ihnen verbundenen privatrechtlichen Organisationen S. 1081. — II. Religionsgemeinschaften des Privatrechts: 1. Steuern auf das Einkommen S. 1084. — 2. Steuern auf die Verwendung von Einkommen S. 1085. — 3. Steuervorteile für Leistungen Dritter zugunsten einer Religionsgesellschaft des Privatrechts S. 1085. — C. Freiheit von Gerichts- und Verwaltungskosten: I. Kosten der Gerichtsbarkeit: 1. Regelungen des Bundes S. 1086. — 2. Vorschriften der Länder S. 1086. — II. Verwaltungsgebühren: 1. Regelungen des Bundes S. 1090. — 2. Vorschriften der Länder S. 1091. — D. Freiheit von Beiträgen S. 1094. — E. Bestandsschutz der Abgaben-

freiheiten: I. Steuerbefreiungen S. 1096. — II. Gerichts- und Verwaltungskosten S. 1097. — F. Schlußbemerkung S. 1099.

§ 37 Das kirchliche Besteuerungsrecht. Von *Heiner Marré* 1101-1147

I. Einführung: 1. Die Geschichte der Kirchenfinanzierung in Deutschland S. 1101. — 2. Die einheitliche Kirchenfinanzierung im geeinten Deutschland S. 1103. — 3. Die europäische Einigung in ihrer Bedeutung für die Kirchensteuer in Deutschland S. 1104. — 4. Verwandte Kirchenfinanzierungssysteme in anderen europäischen Ländern S. 1106. — II. Der Begriff der Kirchensteuer S. 1108. — III. Die Rechtsquellen des Kirchensteuerrechts S. 1109. — 1. Das Verfassungsrecht des Bundes (Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 6 WRV) und der Bundesländer S. 1110. — 2. Staatskirchenverträge S. 1113. — 3. Das Kirchensteuerrecht der Bundesländer S. 1113. — 4. Die kirchenrechtlichen Grundlagen des kirchlichen Besteuerungsrechts; insbesondere die Steuerordnungen und Hebesatzbeschlüsse der Religionsgemeinschaften S. 1115. — IV. Die (Kirchen-)Steuergläubiger S. 1117. — V. Die Kirchensteuerpflichtigen: 1. Beginn und Ende der Kirchensteuerpflicht S. 1118. — 2. Ehegattenbesteuerung und kirchliche Besteuerung von in sogenannten glaubens- und konfessionsverschiedenen Ehen lebenden Eheleuten S. 1124. — 3. Die Familienbesteuerung S. 1128. — VI. Die Kirchensteuerarten: 1. Die Kirchensteuern als Zuschläge zu staatlichen (Maßstab-)Steuern S. 1130. — 2. Die Einkommensteuer als Maßstab der Kirchensteuer und das rechtsethische Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit S. 1131. — VII. Verwaltung der Kirchensteuer S. 1136. — VIII. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel gegen die Heranziehung zur Kirchensteuer S. 1138. — IX. Einzelfragen des Kirchensteuerrechts: 1. Typisierende und pauschalierende (Kirchen-)Steuerverwaltung in Massenverfahren S. 1138. — 2. Erlaß, Stundung und Niederschlagung der Kirchensteuer S. 1143. — X. Die Kirchensteuer-Beschlußgremien in den Diözesen und Landeskirchen S. 1144.

Die Mitarbeiter des ersten Bandes

1149

Zweiter Band

VII. ABSCHNITT

Kirchengebäude und Friedhöfe

- § 38 Res sacrae. Von *Dieter Schütz*
- § 39 Baulast an Kirchengebäuden. Von *Hartmut Böttcher*
- § 40 Patronatswesen. Von *Alfred Albrecht*
- § 41 Staatliche Simultaneen. Von *Alfred Albrecht*
- § 42 Denkmalschutz und Denkmalpflege im Bereich der Kirchen. Von *Bernd Mathias Kremer*
- § 43 Bestattungswesen und Friedhofsrecht. Von *Hanns Engelhardt*

VIII. ABSCHNITT

Gewährleistung des öffentlichen Wirkens der Kirchen

- § 44 Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen. Von *Klaus Schlaich*
- § 45 Verbindungsstellen zwischen Staat und Kirchen im Bereich der evangelischen Kirche. Von *Hermann E. J. Kalinna*
- § 46 Verbindungsstellen zwischen Staat und Kirchen im Bereich der katholischen Kirche. Von *Leopold Turowski*
- § 47 Die internationalen Beziehungen der Kirchen und das Recht auf freien Verkehr. Von *Otto Kimminich*
- § 48 Der Anspruch der Kirchen auf Präsenz in den öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Massenmedien des Rundfunks und Fernsehens. Von *Christoph Link*
- § 49 Die gesetzlichen Regelungen der Mitwirkung der Kirchen in den Einrichtungen des Rundfunks und Fernsehens. Von *Christoph Link*
- § 50 Kirchliches Sammlungswesen. Von *Otto Luchterhandt*
- § 51 Der Sonntag und die kirchlichen Feiertage. Von *Karl-Hermann Kästner*

IX. ABSCHNITT

Gewährleistung kirchlicher Mitwirkung im Bildungswesen

- § 52 Das elterliche Erziehungsrecht im Hinblick auf Religion. Von *Matthias Jestaedt*
- § 53 Kirchen und staatliches Schulsystem. Von *Helmut Lecheler*
- § 54 Religionsunterricht. Von *Christoph Link*
- § 55 Kirchen als Schulträger. Von *Wolfgang Loschelder*
- § 56 Theologische Fakultäten und staatliche Pädagogische Hochschulen. Von *Alexander Hollerbach*
- § 57 Kirchliche Hochschulen. Von *Manfred Baldus*
- § 58 Erwachsenenbildung und Akademien. Von *Bernhard Losch*

X. ABSCHNITT

Kirchliche Betätigung in Caritas und Diakonie

- § 59 Die karitative Betätigung der Kirchen im Sozialstaat. Von *Josef Isensee*
- § 60 Finanzierung und Organisation der kirchlichen Krankenhäuser. Von *Otto Depenheuer*
- § 61 Die karitativen Werke und Einrichtungen im Bereich der katholischen Kirche. Von *Josef Schmitz-Elsen*
- § 62 Die karitativen Werke und Einrichtungen im Bereich der evangelischen Kirche. Von *Peter von Tiling*
- § 63 Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft. Von *Burkhard Kämper*

XI. ABSCHNITT

Kirchliches Dienst- und Arbeitsrecht

- § 64 Das kircheneigene Dienstrecht der Geistlichen und Kirchenbeamten. Von *Dietrich Pirson*
- § 65 Das kirchlich rezipierte und adaptierte Dienst- und Arbeitsrecht der übrigen kirchlichen Bediensteten. Von *Wolfgang Rübner*
- § 66 Individualrechtliche Aspekte des kirchlichen Dienst- und Arbeitsrechts — die besondere Loyalitätspflicht im kirchlichen Dienst. Von *Wolfgang Rübner*
- § 67 Das kollektive kirchliche Dienst- und Arbeitsrecht. Von *Reinhard Richardi*

XII. ABSCHNITT

Militär-, Polizei- und Anstaltsseelsorge

- § 68 Seelsorge in Bundeswehr und Bundesgrenzschutz. Von *Rudolf Seiler*
- § 69 Polizeiseelsorge. Von *Markus Heintzen*
- § 70 Anstaltsseelsorge. Von *Susanne Eick-Wildgans*

XIII. ABSCHNITT

Die Kirchen im staatlichen Rechtsschutzsystem

- § 71 Schutz von Religion und Kirchen im Strafrecht und im Verfahrensrecht. Von *Albin Eser*
- § 72 Rechtsschutz der Kirchen und Religionsgemeinschaften durch staatliche Gerichte. Von *Hermann Weber*
- § 73 Zuständigkeit staatlicher Gerichte in kirchlichen Angelegenheiten. Von *Wolfgang Rübner*
- § 74 Rechts- und Amtshilfe. Von *Dirk Ehlers*

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
AAS	Acta Apostolicae Sedis
Abg.	Abgeordnete(r)
abgedr.	abgedruckt(e, er, es)
Abh.	Abhandlung(en)
abl.	ablehnend(e, er, es)
ABl.	Amtsblatt
ABl.EKD	Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
Abt.	Abteilung
ACK	Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen
ADOV	Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ordensobernvereinigun- gen
a. E.	am Ende
AEAO	Anwendungserlaß zur Abgabenordnung
ÄndG	Änderungsgesetz
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AG	Amtsgericht; Ausführungsgesetz
AGArchivG	Ausführungsgesetz zum Archivgesetz der Evangelischen Kir- che der Union
AGBGB	Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
AG KED	Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsdienst (ev.)
Ak.	Akademie
AK, Alt.-Komm.	Alternativ-Kommentar
allg.	allgemein(e, er, es)
ALR	Allgemeines Landrecht
Alt.	Alternative
Alt.-Komm.	s. AK
a. M.	anderer Meinung
amtl.	amtlich(e, er, es)
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage(n)
Anm.	Anmerkung(en)
AnpG	Anpassungsgesetz
Anw.	Anweisung(en)
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts (vorher: Ar- beitsrechtliche Praxis)
Apg	Apostelgeschichte
Apok	Apokalypse

APU	Altpreußische Union
ArbG	Arbeitsgericht
ArchKathKR	Archiv für katholisches Kirchenrecht
ARRG	Arbeitsrechts-Regelungsgesetz (ev.)
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich(e, er, es)
AusfBest.	Ausführungsbestimmung(en)
AusfVO	Ausführungsverordnung
Ausg.	Ausgabe
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz
Aymans-Mörsdorf, KanR I	Kanonisches Recht. Lehrbuch aufgrund des CIC. Begr. von E. Eichmann, fortgef. von K. Mörsdorf, neu bearb. von W. Aymans. 13. Aufl. Bd. 1: Einleitende Grundfragen und Allge- meine Normen. Paderborn usw. 1991
Az.	Aktenzeichen
Bad.	Baden, badisch(e, er, es)
BadK	Badisches Konkordat vom 12. Oktober 1932
BadKV	Badischer Kirchenvertrag vom 14. November 1932
BadStGH	Staatsgerichtshof für das Land Baden
BadVerwZ	Zeitschrift für Badische Verwaltung und Verwaltungsrechts- pflege
BadVGH	Badischer Verwaltungsgerichtshof
Bad.-Württ., BaWü, BW	Baden-Württemberg, baden-württembergisch(e, er, es)
Bad.-Württ. VBl.	Baden-Württembergisches Verwaltungsblatt
Bad.-Württ. Verf.	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAnz.	Bundesanzeiger
BArbBl.	Bundesarbeitsblatt
BAT	Bundes-Angestelltentarifvertrag
BauGB	Baugesetzbuch
BaWü	s. Bad.-Württ.
BayBS	Bereinigte Sammlung des bayerischen Landesrechts
bayer.	bayerisch(e, er, es)
BayK	Bayerisches Konkordat vom 29. März 1924
BayKiStG	Bayerisches Kirchensteuergesetz
BayKV	Bayerischer Kirchenvertrag vom 15. November 1924
BayLSG	Bayerisches Landessozialgericht
BayMeldeG	Bayerisches Meldegesetz
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGSt.	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen
BayObLGGZ	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BayRS	Bayerische Rechtssammlung
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerf.	Verfassung des Freistaates Bayern
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof

BayVerfGHE n. F.	s. BayVGHE n. F.
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgeschichtshof
BayVGHE n. F.	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgeschichtshofs mit Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, (ab 1951 auch:) des Bayerischen Dienststrafhofs und des Bayerischen Gerichtshofs für Kompetenzkonflikte (n. F. 1 = 64 der Gesamtfolge 1947/48 ff.). — BayVGHE n. F. bezieht sich auf Entscheidungen des Bayer. Verwaltungsgeschichtshofs, BayVerfGHE n. F. bezieht sich auf Entscheidungen des Bayer. Verfassungsgerichtshofs
BB	Der Betriebsberater
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd(e).	Band, Bände
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
Bearb.	Bearbeiter(in), bearbeitet(e, er, es), Bearbeitung
Begr.	Begründer, begründet, Begründung
Beih.	Beilage
Beil.	Beilage(n)
Bek.	Bekanntmachung
ber.	berichtigt(e, er, es)
Berl.	Berliner
BerlinVerf.	Verfassung von Berlin
bes.	besonders
Beschl.	Beschluß
betr.	betreffend, betreffs
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
bez.	bezüglich
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung von Entscheidungen und Gutachten des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGB-RGRK	Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, hrsg. von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt.	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BHO	Bundeshaushaltsordnung
bischöfl.	bischöflich(e, er, es)
BK	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
Bl.	Blatt
BLG	Bundesleistungsgesetz
BMI	Bundesminister des Innern
BNr.	Beschwerdenummer (bei der EKMR)
BPersVG	Bundespersonalvertretungsgesetz
BR	Bundesrat
BrandenbVerf.	Verfassung des Landes Brandenburg
BR-Drucks.	Drucksache(n) des Bundesrates
BReg.	Bundesregierung

Brem.	Bremer, bremisch(e, er, es)
BremVerf.	Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BStBl. I, II, III	Bundessteuerblatt (Teil I, II, III)
BT	Deutscher Bundestag
BT-Drucks.	Drucksache(n) des Deutschen Bundestages
Buchst.	Buchstabe(n)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVP	Bayerische Volkspartei
BW	s. Bad.-Württ.
bzw.	beziehungsweise
c., can.	canon
ca.	circa
CA	Confessio Augustana
can.	canon
cap.	capitulum
cc.	canones
CCEE	Consilium Conferentiarum Episcopatum Europae
CCEO	Codex Canonum Ecclesiarum Orientalium
CDU	Christlich Demokratische Union
CIC	Codex Iuris Canonici
CIC/1917	Codex Iuris Canonici vom 27. Mai 1917
CIC/1983	Codex Iuris Canonici vom 25. Januar 1983
Clem	Clemensbrief
COMECE	Commissio Episcopatum Communitatis Europaeensis
CSU	Christlich Soziale Union
d.	das, der, des, die
DA	Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden
DB	Der Betrieb
DBest.	Durchführungsbestimmung(en)
DBK	Deutsche Bischofskonferenz
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEAE	Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
DEK	Deutsche Evangelische Kirche
dems.	demselben
DEMT	Deutscher Evangelischer Missionstag
ders.	derselbe(n)
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
Disk. Beitr.	Diskussionsbeitrag
Diss.	Dissertation

DJZ	Deutsche Juristenzeitung
DM	Deutsche Mark
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DP	Deutsche Partei
Dr.	Doktor
DR	Decisions and Reports (Sammlung der Entscheidungen und Berichte der EKMR)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drucks.	Drucksache(n)
DSchG	Denkmalschutzgesetz
DSG	Datenschutzgesetz
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
dt.	deutsch(e, er, es)
dtv	Deutscher Taschenbuch Verlag
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DÜ	Dienste in Übersee e. V. (ev.)
DÜV	Datenübermittlungsverordnung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO	Durchführungsverordnung
DVP	Deutsche Volkspartei
E	Entscheidung(en); Entwurf
EAGWM	Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Weltmission
ebd.	ebenda
EECCS	European Ecumenical Commission for Church and Society
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EG	Einführungsgesetz; Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft i. d. F. des Vertrages über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 (Maastricht-Vertrag)
EGZGB	Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch
EheG	Ehegesetz
Einl.	Einleitung
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKK	Evangelisch-katholischer Kommentar zum Neuen Testament
EKL ¹	Evangelisches Kirchenlexikon. Hrsg. von H. Brunotte u. O. Weber. 1. Aufl., 4 Bde., Göttingen 1956-1961
EKL ²	Evangelisches Kirchenlexikon. Hrsg. von H. Brunotte u. O. Weber. 2. Aufl., 4 Bde., Göttingen 1961-1962
EKL ³	Evangelisches Kirchenlexikon. Hrsg. von H. Brunotte u. O. Weber. 3. Aufl., Göttingen 1986 ff.
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EKU	Evangelische Kirche der Union
ELKZ	Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950
EMW	Evangelisches Missionswerk

Entsch.	Entscheidung(en)
entspr.	entsprechend(e, er, es)
Entw.	Entwurf
epd	Evangelischer Pressedienst
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
ErgV	Ergänzungsvertrag
Erl.	Erläuterung(en)
erw.	erweitert(e, er, es)
EssGespr.	Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche. Begr. von J. Krautscheidt u. H. Marré, Münster / Westf. 1969 ff.
ESTDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
ESTR	Einkommensteuer-Richtlinien
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen und des Württemberg-Badischen Verwaltungsgerichtshofs
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
ev., evang.	evangelisch(e, er, es)
e. V.	eingetragener Verein
EVertr	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) vom 31. August 1990 (BGBl. II S. 889 ff.)
EvKomm	Evangelische Kommentare
ev.-luth.	evangelisch-lutherisch(e, er, es)
ev.-ref.	evangelisch-reformiert(e, er, es)
EvSozLex ⁷	Evangelisches Soziallexikon. Begr. von F. Karrenberg. Hrsg. von T. Schober, M. Honecker, H. Dahlhaus. 7. Aufl., Stuttgart 1980
EvStL ¹	Evangelisches Staatslexikon. Hrsg. von H. Kunst u. S. Grundmann i. V. m. W. Schneemelcher u. R. Herzog. 1. Aufl., Stuttgart 1966
EvStL ²	Evangelisches Staatslexikon. Hrsg. von H. Kunst, R. Herzog, W. Schneemelcher. 2. Aufl., Stuttgart 1975
EvStL ³	Evangelisches Staatslexikon. Hrsg. von R. Herzog, H. Kunst, K. Schlaich, W. Schneemelcher. 3. Aufl., 2 Bde., Stuttgart 1987
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZE	Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe
f.	folgende (Seite); für
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP, F.D.P.	Freie Demokratische Partei
F. E. St.	Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft
Festg.	Festgabe
ff.	folgende (Seiten)
FG	Finanzgericht

FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote(n)
fortgef.	fortgeführt
FR	Finanz-Rundschau
Frhr.	Freiherr
FS	Festschrift
FSBZ	Frauenstudien- und -bildungszentrum der EKD
G	Gesetz
GABl.	Gemeinsames Arbeitsblatt
GBL	Gesetzblatt
GBO	Grundbuchordnung
geänd.	geändert(e, er, es)
GebG	Gebührengesetz
Ged.Schr.	Gedächtnisschrift, Gedenkschrift
gem.	gemäß; gemeinsam(e, er, es)
GEP	Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik
ges.	gesammelt(e, er, es)
Gesch.	Geschichte
GeschZ	Geschäftszeichen
GewO	Gewerbeordnung
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GewStR	Gewerbsteuer-Richtlinien
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949
GG-Alt.-Komm.	Alternativ-Kommentar zum Grundgesetz. 2. Aufl., 2 Bde., Neuwied 1989
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GO EKD	Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland
GrdStVG	Grundstücksverkehrsgesetz
GrEstG	Grunderwerbsteuergesetz
GrStG	Grundsteuergesetz
GrStR	Grundsteuer-Richtlinien
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gesetzsammlung
GStVS	Satzung für die gemeindlichen kirchlichen Steuerverbände in den bayer. (Erz-)Diözesen
GVBl., GVOBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVM	Gesetze, Verordnungen, Mitteilungen (landeskirchliche Amtsblätter in Bremen und Hamburg)
GV NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVOBl.	s. GVBl.
GVVO	Grundstücksverkehrsverordnung
H.	Heft(e)
Halbbd., Hbbd.	Halbband

Halbs.	Halbsatz
Hamb.	Hamburger, hamburgisch(e, er, es)
HambVerf.	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg
Hbbd.	s. Halbbd.
Hdb.	Handbuch
HdbBayStKirchR	Handbuch des Bayerischen Staatskirchenrechts. Von O. J. Voll unter Mitwirkung von J. Störle, München 1985
HdbDStR	Handbuch des Deutschen Staatsrechts. Hrsg. von G. Anschütz u. R. Thoma. 2 Bde., Tübingen 1930-1932
HdbKathKR	Handbuch des katholischen Kirchenrechts. Hrsg. von J. Listl, H. Müller, H. Schmitz. Regensburg 1983
HdbStKirchR ¹	Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von E. Friesenhahn u. U. Scheuner i. V. m. J. Listl, 1. Aufl., 2 Bde., Berlin 1974-1975
HdbVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von E. Benda, W. Maihofer, H.-J. Vogel unter Mitwirkung von K. Hesse. Berlin, New York 1983
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
hess.	hessisch(e, er, es)
HessErgV	Vertrag zwischen dem Land Hessen und den Bistümern Fulda, Limburg, Mainz sowie dem Erzbistum Paderborn vom 29. März 1974 zur Ergänzung des Vertrages vom 9. März 1963
HessKV	Hessischer Kirchenvertrag vom 18. Februar 1960
HessStGH	Hessischer Staatsgerichtshof
HessVerf.	Verfassung des Landes Hessen
HessVGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
HGrG	Haushaltsgrundsatzgesetz
hist.	historisch(e, er, es)
Hist. Jb.	Historisches Jahrbuch
HK	Herder-Korrespondenz
hl.	heilig(e, er, es)
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, Berlin 1971 ff.; Hochschulrahmengesetz
Hrsg.	Herausgeber, herausgegeben
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von J. Isensee u. P. Kirchhof, Heidelberg 1987 ff.
HZ	Historische Zeitschrift
i. d. F.	in der Fassung
i. d. F. d. B. v.	in der Fassung der Bekanntmachung vom
i. d. F. d. G.	in der Fassung des Gesetzes
i. d. F. v.	in der Fassung vom
i. e. S.	im engeren Sinne
i. J.	im Jahre
insbes.	insbesondere
internat.	international(e, er, es)
IPO	Instrumentum Pacis Osnabrugense
i. S.	im Sinne
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne

Jb.	Jahrbuch
Jg.	Jahrgang
Jh.	Jahrhundert
JHG	Jugendhilfegesetz
JKostG	Justizkostengesetz
J.-Nr.	Journal-Nummer
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JöR N. F. 1	Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes, bearb. von K.-B. von Doemming, R. W. Fülllein, W. Matz, in: JöR N. F. Bd. 1 (1951)
Joh	Evangelium nach Johannes
JR	Juristische Rundschau
jur.	juristisch(e, er, es)
JuS	Juristische Schulung
JVBl.	Justizverwaltungsblatt
JW	Juristische Wochenschrift
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz
JZ	Juristenzeitung
K	Konkordat
KABl.	Kirchliches Amtsblatt
KAG	Kirchenaustrittsgesetz; Kommunalabgabengesetz
Kan. Abt.	Kanonistische Abteilung
KAnz.	Kirchlicher Anzeiger
Kap.	Kapitel
kath.	katholisch(e, er, es)
KathKirchVermG	Preußisches Staatsgesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924
KDO	Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (kath.)
KDVNG	Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes
KED	Kirchlicher Entwicklungsdienst (ev.)
KEK	Konferenz Europäischer Kirchen
KG	Kammergericht
KGO, KirchGemO	Kirchengemeindeordnung
KGvBl., KiGVBl., KiGVOBl.	Kirchliches Gesetz- und Ordnungsblatt (der jeweils angesprochenen Landeskirche)
KiAustrG	Kirchenaustrittsgesetz
KiDSG	Kirchengesetz über den Datenschutz (ev.)
KiG, KirchG	Kirchengesetz
KiGVBl., KiG-VOBl.	s. KGvBl.
KiPfrWG	Gesetz zur Neuordnung des Pfründewesens (z.B. in der Erzdiözese München und Freising)
KirchBezO	Kirchenbezirksordnung
Kirche	Entscheidungen in Kirchensachen
KirchG	s. KiG
KirchGemO	s. KGO

kirchl.	kirchlich(e, er, es)
KirchO	Kirchenordnung
KirchVerf.	Kirchenverfassung
KiSt	Kirchensteuer
KiStG	Kirchensteuergesetz
KiStiAufsG	Kirchliches Stiftungsaufsichtsgesetz
KiStiftO	Ordnung für kirchliche Stiftungen
KiStiG	Kirchliches Stiftungsgesetz
KiStO	Kirchensteuerordnung
KiVVG, KVVG	(kirchliches) Gesetz über die Verwaltung (und Vertretung) des Kirchenvermögens
Kl.	Klasse
KMAO	Anordnung über das kirchliche Meldewesen
KMBL.	Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus
KME	Entschließung des Kultusministeriums (Bayerns)
KO	Konkursordnung
Komm.	Kommentar; Kommission
KostG	Kostengesetz
KostO	Gesetz über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Kostenordnung)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
krit.	kritisch(e, er, es)
KritVj.	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStZ	Kommunale Steuer-Zeitschrift
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KV	Kirchenvertrag
KVVG	s. KiVVG
KWMBL.	Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst
L	Land
LAG	Landesarbeitsgericht; Lastenausgleichsgesetz
lat.	lateinisch(e, er, es)
Lb.	Lehrbuch
LG	Landgericht
LGebG	Landesgebührengesetz
lipp.	lippisch(e, er, es)
LippKV	Lippischer Kirchenvertrag vom 6. März 1958
lit.	litera
Lit.	Literatur
LJHG	Landesjugendhilfegesetz
LJKG	Landesjustizkostengesetz
Lk	Evangelium nach Lukas
LkGaG	Landeskindergartengesetz
LKHG	Landeskrankenhausgesetz
LMedienG	Landesmediengesetz
Losebl.	Loseblatt(ausgabe, -sammlung)
LS	Leitsatz
LSA	Land Sachsen-Anhalt

LSG	Landessozialgericht
LStDV	Lohnsteuer-Durchführungsverordnung
LStR	Lohnsteuer-Richtlinien
lt.	laut
LT	Landtag
LT-Drucks.	Drucksache(n) des Landtages
LThK ²	Lexikon für Theologie und Kirche. 2. Aufl., 10 Bde. u. Reg.Bd., Freiburg i. Br. 1957-1967
LThK ² -Konzils- kommentar	Lexikon für Theologie und Kirche. 2. Aufl., Das Zweite Vatikanische Konzil — Dokumente und Kommentare, 3 Bde. Freiburg i. Br., Basel, Wien 1967-1968
luth.	lutherisch(e, er, es)
LuthMH	Lutherische Monatshefte
LV	Landesverfassung
LVG	Landesverwaltungsgericht
LWB	Lutherischer Weltbund
m.	mit
M	Mark; Meinung
MABl.	Ministerialamtsblatt der bayerischen inneren Verwaltung
v. Mangoldt / Klein / . . .	Das Bonner Grundgesetz. Kommentar. Begr. von Hermann von Mangoldt, fortgef. von Friedrich Klein. 3., vollst. neu- bearb. Aufl. München 1985 ff. Bd. 1: Präambel, Art. 1-5. Von Chr. <i>Starck</i> . 1985 Bd. 14: Art. 136-146. Von A. Frhr. v. <i>Campenhause</i> n. 1991
maschinenschr.	maschinenschriftlich(e, er, es)
Matth.	Matthäus-Evangelium
m. a. W.	mit anderen Worten
MBl.	Ministerialblatt
MdB	Mitglied des Bundestages
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m. E.	meines Erachtens
Meckl.-Vorp. KV	Evangelischer Kirchenvertrag Mecklenburg-Vorpommern vom 20. Januar 1994
Meckl.-Vorp. Verf.	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Mio.	Million(en)
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz
Mk	Evangelium nach Markus
m. Nachw.	mit Nachweisen
Mrd.	Milliarde(n)
MRRG	Melderechtsrahmengesetz
MSV	Militärseelsorgevertrag vom 22. Februar 1957
Mt	Evangelium nach Matthäus
MThZ	Münchener Theologische Zeitschrift
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n.	numero
Nachdr.	Nachdruck
Nachw.	Nachweis
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NatVers.	Nationalversammlung
n. Chr.	nach Christus

ND, Neudr.	Neudruck
nds., nieders.	niedersächsisch(e, er, es)
Nds. Rpfl.	Niedersächsische Rechtspflege
NEK	Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche
neubearb.	neubearbeitet(e, er, es)
Neudr.	s. ND
n. F., N. F.	neue Fassung; neue Folge
nieders.	s. nds.
NiedersErgV	Ergänzungsvertrag vom 4. März 1965 zum Niedersächsischen Kirchenvertrag vom 19. März 1955
NiedersK	Niedersächsisches Konkordat vom 26. Februar 1965
NiedersKV	Niedersächsischer Kirchenvertrag vom 19. März 1955
NiedersVerf.	Niedersächsische Verfassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report
nordrh.-westf.	nordrhein-westfälisch(e, er, es)
Nr(n).	Nummer(n)
NRW, NW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch(e, er, es)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht
NW	s. NRW
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe für Steuer- und Wirtschaftsrecht
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NWVerf.	Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen
NWVerfGH	Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
o.	oben
O	Ordnung
o. ä.	oder ähnlich(e, er, es)
OCIPE	Office Catholique d'Information sur les Problèmes Européens
ÖArchKR	Österreichisches Archiv für Kirchenrecht
öff.	öffentlich(e, er, es)
ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen
österr.	österreichisch(e, er, es)
OFD	Oberfinanzdirektion
Offb	Offenbarung
OFH	Oberster Finanzgerichtshof, Oberfinanzhof
o. J.	ohne Jahr
OK	Ordenskorrespondenz
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschließlich der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Onr.	Ordnungsnummer
o. O.	ohne Ort
OVB	Oberhirtliches Verordnungsblatt (für das Bistum Speyer)
OVG	Oberverwaltungsgericht

OVGE	Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster sowie für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Lüneburg
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
p.	pagina
P.	Parität (in § 20)
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PDS / LL	Partei des Demokratischen Sozialismus / Linke Liste
Petr	Petrusbrief
PfälzKV	Pfälzischer Kirchenvertrag vom 15. November 1924
Phil	Philippbrief
phil.	philosophisch(e, er, es)
phil.-hist.	philosophisch-historisch(e, er, es)
phil.-theol.	philosophisch-theologisch(e, er, es)
preuß.	preußisch(e, er, es)
PreußALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
PreußGKG, PrGKG	Preußisches Gerichtskostengesetz
PreußK	Preußisches Konkordat vom 14. Juni 1929
PreußKV	Preußischer Kirchenvertrag vom 11. Mai 1931
PreußOTr.	Preußisches Obertribunal
PreußOVG	Preußisches Oberverwaltungsgericht; zugleich Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
PreußVerf.	Preußische Verfassung
PreußVU	Preußische Verfassungsurkunde
PrGKG	s. PreußGKG
PrGS	Preußische Gesetzsammlung
PrGS NW	Sammlung des in Nordrhein-Westfalen geltenden preußischen Rechts. 1806-1945
Prof.	Professor
Prot.	Protokoll
PrVBl.	Preußisches Verwaltungsblatt
PStG	Personenstandsgesetz
R, RL	Richtlinie(n)
RAF	Rote-Armee-Fraktion
RAO	Reichsabgabenordnung
RdA	Recht der Arbeit
RdErl.	Runderlaß
RDH	Reichsdeputationshauptschluß
RdL	Recht der Landwirtschaft
Rdnr(n).	Randnummer(n)
rechtl.	rechtlich(e, er, es)
ref.	reformiert(e, er, es)
Reg.Bd.	Registerband
RegBl.	Regierungsblatt
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGG ³	Die Religion in Geschichte und Gegenwart. 3. Aufl., 6 Bde. u. Reg.Bd., Tübingen 1957-1962

RGSt.	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
rhein.	rheinisch(e, er, es)
rheinl.-pfälz.	rheinland-pfälzisch(e, er, es)
Rheinl.-Pfälz. K	Rheinland-Pfälzisches Konkordat vom 29. April 1969
Rheinl.-Pfälz. KV	Rheinland-Pfälzischer Kirchenvertrag vom 31. März 1962
Rheinl.-PfalzVerf.	Verfassung für Rheinland-Pfalz
Rh.-Pf.	Rheinland-Pfalz
RK	Reichskonkordat vom 20. Juli 1933
RKEG	Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921
RL	s. R
RM	Reichsmark
RMBL	Reichsministerialblatt
Röm	Römerbrief
röm.-kath.	römisch-katholisch(e, er, es)
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
RRG 1992	Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung vom 18. Dezember 1989
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RStBl.	Reichssteuerblatt
RStGB	Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich
RuPrVBl.	Reichsverwaltungsblatt und Preußisches Verwaltungsblatt
RVerwBl.	Reichsverwaltungsblatt
RVO	Reichsversicherungsordnung
RWB	Reformierter Weltbund
s.	siehe
S.	Satz, Sätze; Seite(n)
saarl.	saarländisch(e, er, es)
SaarVerf.	Verfassung des Saarlandes
Sachs.-Anh. KV	Evangelischer Kirchenvertrag Sachsen-Anhalt vom 15. September 1993
Sachs.-Anh. Verf.	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
sächs.	sächsisch(e, er, es)
SächsKV	Sächsischer Kirchenvertrag vom 24. März 1994
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
SächsVerf.	Verfassung des Freistaates Sachsen
Sb.	Sitzungsbericht(e); Sonderband
SBZ	Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
schlesw.-holst.	schleswig-holsteinisch(e, er, es)
Schlesw.-Holst. KV	Schleswig-Holsteinischer Kirchenvertrag vom 23. April 1957
Schl.-H.	Schleswig-Holstein
Schl. Prot.	Schlußprotokoll
Schr.	Schreiben; Schrift(en)
SD, Sonderdr.	Sonderdruck
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DDR)
SG	Sozialgericht
SGB I	Sozialgesetzbuch. Buch I: Allgemeiner Teil
SGB V	Sozialgesetzbuch. Buch V: Gesetzliche Krankenversicherung

SGB VI	Sozialgesetzbuch. Buch VI: Gesetzliche Rentenversicherung
SGB VIII	Sozialgesetzbuch. Buch VIII: Kinder- und Jugendhilfe
SGV NW	Sammlung des bereinigten Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen
Slg.	Sammlung
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannt(e, er, es)
Sonderdr.	s. SD
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
sq. (sqq.)	sequens (sequentes) = f. (ff.)
St.	Sankt
staatl.	staatlich(e, er, es)
StabG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967
StAnz.	Staatsanzeiger
StAZ	Zeitschrift für das Standesamtswesen
Sten. Ber.	Stenographische(r) Bericht(e)
Sten. Prot.	Stenographische(s) Protokoll(e)
StGB	Strafgesetzbuch
StGH	Staatsgerichtshof
StiftG, StiG	Stiftungsgesetz
StiftO	Stiftungsordnung
StiG	s. StiftG
StL ⁶	Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. 6. Aufl., 11 Bde., Freiburg i. Br. 1957-1970
StL ⁷	Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. 7. Aufl., 7 Bde. Freiburg i. Br., Basel, Wien 1985-1993
StPO	Strafprozeßordnung
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
s. u.	siehe unten
T., Th.	Teil
Teilabdr.	Teilabdruck
Teilbd.	Teilband
Th.	s. T.
theol.	theologisch(e, er, es)
ThExh	Theologische Existenz heute
ThSt	Theologische Studien
Thür.	Thüringen, Thüringer, thüringisch(e, er, es)
ThürKV	Thüringischer Kirchenvertrag vom 15. März 1994
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter
ThürVerf.	Verfassung des Freistaats Thüringen
TierSchG	Tierschutzgesetz
Tim	Timotheusbrief
tit.	titulus
Tit	Titusbrief
TM	Transzendente Meditation
TRE	Theologische Realenzyklopädie. Hrsg. von G. Krause u. G. Müller. Berlin, New York 1977 ff.

TU	Technische Universität
Tz.	Textzahl
u.	und; unten
u. a.	und andere; unter anderem
u. ä.	und ähnliche(s)
u. a. m.	und andere(s) mehr
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UnionsV	Vertrag über die Europäische Union („Maastricht-Vertrag“)
UnivG	Universitätsgesetz
unv.	unverändert(e, er, es)
unveröff.	unveröffentlicht(e, er, es)
u. ö.	und öfter
Urt.	Urteil
US	United States (of America)
USA	United States of America
UStÄR	Umsatzsteuer-Änderungsrichtlinie
UStDV	Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
UStG	Umsatzsteuergesetz
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
v.	vom, von
V	Vertrag
VDD	Verband der Diözesen Deutschlands
VDO	Verband deutscher Ordensobern
VELKD	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands
verb.	verbessert(e, er, es)
VereinsG	Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts
Verf.	Verfasser; Verfassung
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VerfUrkunde	Verfassungsurkunde
VergnStG	Vergnügungssteuergesetz
Verh.	Verhandlung(en)
Veröff.	Veröffentlichung(en)
VersG	Versammlungsgesetz
vervielf.	vervielfältigt(e, er, es)
VerwArch.	Verwaltungsarchiv. Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik
VerwRspr.	Verwaltungsrechtsprechung
Vfg.	Verfügung
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
v. H.	vom Hundert
VO	Verordnung
VOB	Vereinigung der Ordensobern der Brüderorden und -kongregationen Deutschlands
VObl.	Verordnungsblatt
VOD	Vereinigung der Ordensoberinnen Deutschlands
VO DSG-EKD	Verordnung zum Kirchengesetz über den Datenschutz (ev.)
vollst.	vollständig(e, er, es)

vorl.	vorläufig(e, er, es)
VStG	Vermögenssteuergesetz
VStR	Vermögenssteuer-Richtlinien
v. T.	vom Tausend
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
Vw	Verwaltung
VwGebO	Verwaltungsgebührenordnung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwKostG	Verwaltungskostengesetz
VwV	Verwaltungsvorschrift
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WA	Martin Luther, Werke. Kritische Gesamtausgabe (Weimarer Ausgabe)
WACC	World Association for Christian Communication
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WeimRV	s. WRV
westf.	westfälisch(e, er, es)
Wiss.	Wissenschaft(en)
WPflG	Wehrpflichtgesetz
WRV, WeimRV	Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 (Weimarer Reichsverfassung)
Württ.	Württemberg, württembergisch(e, er, es)
YB	Yearbook of the European Convention on Human Rights
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZDG	Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer (Zivildienstgesetz)
ZdK	Zentralkomitee der deutschen Katholiken
ZevEthik	Zeitschrift für evangelische Ethik
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZfkTh	Zeitschrift für katholische Theologie
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZGB	Zivilgesetzbuch
Ziff.	Ziffer(n)
zit.	zitiert(e, er, es)
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRG Germ. Abt.	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung
ZRG Kan. Abt.	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
Zschr.	Zeitschrift
Zschr.ThK	Zeitschrift für Theologie und Kirche
z. T.	zum Teil
zust.	zuständig(e, er, es); zustimmend(e, er, es)
z. Zt.	zur Zeit

I. Abschnitt

**Grundlagen des Verhältnisses
von Staat und Kirche**

§ 1

Die geschichtlichen Wurzeln des deutschen Staatskirchenrechts

Von Dietrich Pirson

I. Entstehung und Weiterentwicklung des Staatskirchenrechts im Rahmen der Verfassungsgeschichte der Neuzeit

1. Staatskirchenrecht als Konsequenz aus dem neuzeitlichen Staatsverständnis

Die Rechts- und Verfassungsentwicklung im christlichen Europa war von ihren Anfängen an durch ein Nebeneinander zweier Ordnungskräfte geprägt. Geistliche und weltliche Gewalt, sacerdotium und imperium, waren die bestimmenden Elemente in der als Corpus christianum verstandenen Gemeinschaft der christlichen Welt. Die in vorrationalen Verfassungsordnungen zu beobachtende Koinzidenz von religiöser und rechtlicher Autorität weist im Abendland eine dualistische Erscheinungsform auf. Die geistliche und die weltliche Repräsentation der öffentlichen Ordnung werden unterschieden, sind aber gleichzeitig wesensmäßig aufeinander bezogen. Bekannte bildliche und literarische Darstellungen wie auch theoretische Konzeptionen thematisieren und variieren jenes Ordnungsmodell. Aus dem Gegenüber von geistlicher und weltlicher Sphäre ergaben sich vielfältige konkrete Rechtsbeziehungen, aber auch Konkurrenzen und Konflikte sowie Bemühungen zu deren Lösung. Insoweit haben Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Kirche eine reiche bis in die spätrömische Zeit zurückzuverfolgende Vorgeschichte.

Das, was man heute unter Staatskirchenrecht versteht, ist demgegenüber eine relativ junge Erscheinung. Staatskirchenrecht als ein von den übrigen Teilen der Rechtsordnung abgegrenztes Gebiet ist nach einem weitgehend übereinstimmenden Sprachgebrauch eine Sammelbezeichnung für die Gesamtheit der vom Staat gesetzten oder verantworteten Rechtsnormen, deren Gegenstand die Rechtsstellung von Religionsgemeinschaften oder die Rechtsstellung der Einzelnen im Hinblick auf die

Religion ist¹. Voraussetzung eines Staatskirchenrechts in diesem Sinne ist die Befähigung des Staates, durch sein Recht religionsbezogene Rechtsbeziehungen zu begründen oder auf diese einzuwirken. Staatskirchenrecht ist nicht einfach mit dem Bestehen eines geregelten Verhältnisses zwischen den Repräsentanten weltlicher und geistlicher Autorität zu identifizieren. Das Entstehen von Staatskirchenrecht ist symptomatisch für die Abkehr von der dualistischen Ordnungsvorstellung. Indem der Staat kirchliche Rechtsverhältnisse seiner Rechtshoheit unterstellt, leugnet er gerade, daß die Beziehungen von weltlicher und geistlicher Sphäre einer dem staatlichen Gesetzgeber vorgegebenen rechtlichen Ordnung angehören oder an einer solchen auszurichten sind. Mit der Inanspruchnahme einer staatskirchenrechtlichen Kompetenz erweist sich ein Staat als „moderner Staat“ oder neuzeitlicher Staat, der seine Aufgaben und hoheitlichen Befugnisse umfassend versteht und nicht gegenständlich begrenzt sieht, auch nicht durch einen der kirchlichen Gesetzgebung vorbehaltenen Bereich.

Die Tendenz des weltlichen Gesetzgebers, Staatskirchenrecht im erwähnten Sinne hervorzubringen, ist freilich nicht in der Neuzeit erstmalig in Erscheinung getreten. Da, wo weltliche Herrscher die Rechtsverhältnisse in ihrem Machtbereich einer planmäßigen Gestaltung unterwarfen und ihnen eine von kirchlicher Seite beanspruchte oder praktizierte Rechtsetzungskompetenz nicht im Wege stand, ist es zu staatskirchenrechtlicher Gesetzgebung schon in früheren Epochen gekommen, so daß mit einem gewissen Recht von spätrömischem oder byzantinischem Staatskirchenrecht oder auch von karolingischem Staatskirchenrecht gesprochen werden kann.

Die Etablierung des von weltlicher Autorität unabhängigen kanonischen Rechts hat die Entstehung eines vom staatlichen Gesetzgeber einseitig erlassenen Staatskirchenrechts hintan gehalten. Die Bedingungen hierfür ergaben sich erst seit Beginn der neuzeitlichen Entwicklung, und zwar in dem Maße, als es die Gesetzgeber in den Einzelstaaten im Zuge der allseits akzeptierten Souveränitätslehre vermochten, ihre Hoheit auf alle Rechtsangelegenheiten zu erstrecken. Wird die Gesetzgebung des Souveräns als letztsverbindliche Entscheidung in allen Angelegenheiten des Gemeinwohls anerkannt, muß ihr auch der Bereich der Religion, soweit diese überhaupt einer Rechtsgestaltung zugänglich ist, als Betätigungsfeld offenstehen. Ein Vorbehaltsbereich für die kirchliche Gesetzgebung erwies sich als mit dem Selbstverständnis des souve-

¹ Zum Begriff „Staatskirchenrecht“ vgl. *Alexander Hollerbach*, Grundlagen des Staatskirchenrechts, in: HStR VI, 1989, § 138, Rdnrn. 1-5; *ders.*, Staatskirchenrecht, in: StL⁷ V, 1989, Sp. 180 f.; *Inge Gamlpl*, Österreichisches Staatskirchenrecht. Wien, New York 1971, S. 1 ff.

ränen Staates unvereinbar. Eine entsprechende Auffassung von der staatlichen Rechtsgestaltungskompetenz fand in der Phase des Absolutismus in Deutschland als Postulat allgemeine Verbreitung und bestimmte die staatliche Praxis, ungeachtet dessen, daß von kirchlicher Seite, namentlich von seiten der katholischen Kirche, die Berechtigung des Staates zur Gesetzgebung in kirchlichen Angelegenheiten nicht oder nur partiell oder unter Vorbehalt anerkannt werden konnte.

Jene in der Staatstheorie allseits akzeptierte These von der Einheit und Einzigkeit der gesetzgebenden Gewalt, die beim Inhaber der Souveränität liegt², hat nicht zwangsläufig zur Folge gehabt, daß sich der staatliche Gesetzgeber veranlaßt sah, die kirchlichen Rechtsverhältnisse einer Neugestaltung gemäß seinem Willen und gemäß seinen Bedürfnissen zu unterwerfen. Das Interesse des Staates an der Behauptung seiner Souveränität auch im Blick auf die kirchliche Rechtsetzung wird teilweise nur als Postulat bedeutungsvoll, nicht unbedingt als Rechtstitel, mit dessen Hilfe man daran ging, die kirchlichen Rechtsverhältnisse grundlegend zu verändern. Der in Anspruch genommene Vorrang der staatlichen Gesetzgebungshoheit konnte auch in der Weise praktiziert werden, daß die Fortgeltung herkömmlicher kirchlicher Rechtsgestaltung geduldet oder staatlich sanktioniert wurde. Staatskirchenrecht als eine vom staatlichen Gesetzgeber nach eigenen Intentionen vorgenommene Rechtsgestaltung hat sich nur allmählich und in einzelnen Territorien in recht unterschiedlicher Weise und in unterschiedlichem Umfang entfaltet, je nachdem, ob staatliche Interessen oder staatlicherseits empfundene Aufgaben eine staatliche Einflußnahme angebracht erscheinen ließen. Die staatskirchenrechtliche Gesetzgebung machte von jeher in größerem Umfang von der Methode der Rezeption oder der Verweisung Gebrauch. Rechtsverhältnisse, die auf kirchliche Normen zurückgehen, wurden vielfach in der vom Staat gewährleisteten Rechtsordnung vorausgesetzt oder ausdrücklich in diese übernommen³. Staatskirchenrecht ist deshalb trotz seiner Herkunft aus dem spezifisch neuzeitlichen Staatsverständnis ein stark traditionsbezogenes Rechtsgebiet. Auch das Staatskirchenrecht der Gegenwart knüpft teilweise an Rechtsverhältnisse an, deren Gehalt durch eine lange geschichtliche Entwicklung geprägt oder von geschichtlicher Erfahrung beeinflusst ist. Das bedeutet nicht unbedingt, daß dem Staatskirchenrecht ein konserverrierender Grundzug immanent ist. Es gibt zahlreiche gesetzgeberische

² Vgl. hierzu *Helmut Quaritsch*, Staat und Souveränität. Frankfurt/M. 1970, S. 266 ff.

³ Bezugnahmen auf das kanonische Recht finden sich z. B. noch in der auf Vollständigkeit hin angelegten Kodifikation des Bayerischen Landrechts (Codex Maximilianeus) von 1756, vgl. 1. Teil, 4. Kap., §§ 5 f.; 2. Teil, 1. Kap., § 2.